



Erklärung - Langfassung

zur Bezugnahme der AfD-Fraktion auf unsere Arbeit

05.07.2026

Anlass:

Wiederholt, u.a. bei der ersten Lesung zum BStabG am 12. Juni im deutschen Bundestag, zitierte die AfD-Fraktion eine Umfrage des Aktionsbündnis Psychotherapie e.V. Wir nehmen diese versuchte Vereinnahmung zum Anlass für eine unmissverständliche Klarstellung.

Klarstellung:

Das Aktionsbündnis Psychotherapie e. V. widerspricht der Bezugnahme der AfD auf seine Arbeit ausdrücklich und in aller Deutlichkeit.

Unsere Erhebungen, Daten und fachlichen Stellungnahmen entstehen, um die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland zu sichern. Für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder gesellschaftlicher Stellung. Sie sind kein Beleg für eine Partei, deren Programm und Menschenbild diesem Anliegen diametral entgegenstehen.

Wer unsere Befunde zitiert, übernimmt damit nicht unsere Haltung. Ein Zitat begründet keine Gemeinsamkeit. Wir lassen nicht zu, dass die fachliche Autorität unserer Arbeit für Zwecke in Anspruch genommen wird, die ihr Fundament untergraben.

Begründung:

Die Abgrenzung folgt nicht aus parteipolitischer Präferenz, sondern aus dem Selbstverständnis unseres Berufs.

Berufsethische und fachliche Unvereinbarkeit

Psychotherapie steht und fällt mit der bedingungslosen Anerkennung der Würde jedes Menschen. Therapeutisches Arbeiten setzt voraus, dass jeder Mensch, ungeachtet seiner Herkunft, als gleichwertig gilt und Anspruch auf Schutz, Behandlung und ein Gegenüber hat, das ihn nicht nach Nützlichkeit oder Zugehörigkeit sortiert. Ein politisches Programm, das Menschen nach Herkunft hierarchisiert, Schutzsuchende entrechtet und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit normalisiert, verletzt nicht eine beliebige Wertvorstellung, sondern genau jene Grundlage, auf der psychotherapeutische Arbeit überhaupt erst möglich ist. Die Unvereinbarkeit ist daher fachlicher, nicht weltanschaulicher Natur.

Verpflichtung aus der eigenen Geschichte

Unser Berufsstand kennt die Folgen, wenn Heilberufe sich völkischem Denken andienen oder ihm gleichgültig gegenüberstehen. Die Aufarbeitung der Verstrickung von Psychiatrie, Psychotherapie und Psychoanalyse im Nationalsozialismus hat eine bleibende professionelle Verpflichtung hinterlassen. Es handelt sich um kein privates Bekenntnis, sondern um Berufspflicht.

Seite **1** von **3**

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Vereinssitz: Frankfurt am Main

Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.

Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart

Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe

Vorstand: Ronja Nippert, Essen

Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz

Linden-Ambulanz

Bettinastraße 53-55,

60325 Frankfurt-Westend a. M.



Widerspruch zur Versorgung, die wir verteidigen

Die Bezugnahme ist überdies in sich widersprüchlich. Wir verteidigen die Versorgung gerade jener Menschen, die unter der Politik der AfD am stärksten gefährdet wären: Geflüchtete und Migrant:innen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen. Eine Partei, die Schutzsuchende entrechten, Versorgungsstrukturen für vulnerable Gruppen abbauen und gesellschaftliche Ausgrenzung verschärfen will, beruft sich auf Daten, die den Schaden belegen, den ihre eigene Politik vergrößern würde. Sie instrumentalisiert unsere Arbeit gegen die Menschen, für die wir sie leisten.

Wofür wir stehen:

Das Aktionsbündnis Psychotherapie e. V. steht für eine solidarische, diskriminierungsfreie und bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung aller Menschen in Deutschland. Wir treten ein für:

- den gleichen Zugang zu psychotherapeutischer Behandlung – unabhängig von Herkunft, Status und sozialer Lage,
- den besonderen Schutz vulnerabler und marginalisierter Gruppen,
- eine fachliche und politische Haltung, die sich aus der Würde des Menschen ableitet und sich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellt,
- die Verteidigung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlagen als Voraussetzung guter Versorgung.

Unsere Daten und Positionen stehen demokratischen Akteur:innen offen, die diesen Grundlagen verpflichtet sind. Denjenigen, die sie bekämpfen, stehen sie nicht zur Verfügung.

Forschungshintergrund:

Die Entscheidung zur öffentlichen Abgrenzung stützt sich nicht allein auf Haltung, sondern auf einen belastbaren Forschungsstand.

Erstens wirkt die parlamentarische Sichtbarkeit rechtsextremer Positionen normalisierend: Wo radikal rechte Akteure un widersprochen Repräsentation und Bezugnahme erfahren, steigt die offene Zustimmung zu ihren Positionen (Valentim 2021, 2024). Eine unkommentierte Vereinnahmung im Bundestag ist daher kein neutraler Vorgang – Schweigen überlässt ihr das Feld.

Zweitens ist die gesellschaftliche Norm gegen Vorurteil und Menschenfeindlichkeit politisch wirksam und nicht bloß symbolisch; sie beeinflusst messbar Einstellungen und Parteipräferenzen (Blinder, Ford & Ivarsflaten 2013, u. a. für Deutschland). Diese Norm wird gestärkt, wenn Normverletzungen sichtbar sanktioniert werden, und sie erodiert, wenn ihnen etablierte Stimmen Legitimität verleihen oder sie un widersprochen bleiben (Bursztyń, Egorov & Fiorin 2020; Valentim, Dinas & Ziblatt 2025; Álvarez-Benjumea & Winter 2018). Eine klare Distanzierung ist somit normwirksames Handeln.

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Vereinsitz:

Frankfurt am Main
Registriergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main
Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.
Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart
Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe
Vorstand: Ronja Nippert, Essen
Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz
Linden-Ambulanz
Bettinastraße 53-55,
60325 Frankfurt-Westend a. M.



Drittens ist die Gegenüberlegung ernst zu nehmen, dass öffentliche Benennung Aufmerksamkeit verstärken kann (Donovan & Boyd 2019). Daraus folgt die Anlage dieser Erklärung: einmalig statt dauerhaft-reaktiv, sachlich und würde-begründet statt affektiv. Verbände wie die Bundesvereinigung Lebenshilfe (2021) empfehlen für solche Fälle, die Begründung der Abgrenzung klar zu kommunizieren und einer Stilisierung der Gegenseite als „ausgegrenzt“ sachlich zu begegnen. Dieses Register entspricht zugleich der fachlichen Mahnung, rein mimetisch-affektive Gegenreaktionen zu vermeiden (DGPT 2024).

Viertens zeigen die sozialwissenschaftlichen Diskurse der deutschen Nachkriegsgeschichte, dass autoritäre und menschenfeindliche Positionen durch gesellschaftliche Gewöhnung an Legitimität gewinnen können. Sichtbarer Widerspruch und kritische Öffentlichkeit dienen in dieser Perspektive dazu, demokratische Normen gegen solche Normalisierungsprozesse und deren Folgen zu schützen (Adorno 2019).

Quellen

Fachgesellschaften und Verbände

Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) (2024): Stellungnahme zum Erstarken des Rechtsextremismus in Deutschland und anderen Ländern.

<https://dgpt.de/artikel/stellungnahme-der-deutschen-gesellschaft-fuer-psychoanalyse-psychotherapie-psycho-somatik-und-tiefenpsychologie-dgpt-zum-erstarken-des-rechtsextremismus-in-deutschland-und-anderen-laendern>

Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. (2021): Empfehlungen zum Umgang mit der AfD (Stand: März 2021).

https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/2_Informieren/A4_Handreichung_Empfehlung-Umgang-AfD_Stand_Maerz_2021.pdf

Forschung

Adorno, Theodor W. (2019): *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag*. Berlin: Suhrkamp.

Álvarez-Benjumea, A. & Winter, F. (2018): Normative Change and Culture of Hate: An Experiment in Online Environments. *European Sociological Review* 34(3), 223–237. <https://doi.org/10.1093/esr/jcy005>

Blinder, S., Ford, R. & Ivarsflaten, E. (2013): The Better Angels of Our Nature: How the Antiprejudice Norm Affects Policy and Party Preferences in Great Britain and Germany. *American Journal of Political Science* 57(4), 841–857. <https://doi.org/10.1111/ajps.12030>

Bursztyjn, L., Egorov, G. & Fiorin, S. (2020): From Extreme to Mainstream: The Erosion of Social Norms. *American Economic Review* 110(11), 3522–3548. <https://doi.org/10.1257/aer.20171175>

Donovan, J. & Boyd, D. (2019): Stop the Presses? Moving From Strategic Silence to Strategic Amplification in a Networked Media Ecosystem. *American Behavioral Scientist*. <https://doi.org/10.1177/0002764219878229>

Valentim, V. (2021): Parliamentary Representation and the Normalization of Radical Right Support. *Comparative Political Studies* 54(14), 2475–2511. <https://doi.org/10.1177/0010414021997159>

Valentim, V. (2024): *The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/9780198926740.001.0001>

Valentim, V., Dinas, E. & Ziblatt, D. (2025): How Mainstream Politicians Erode Norms. *British Journal of Political Science* 55, e105. <https://doi.org/10.1017/S0007123425100586>

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Vereins-sitz:

Frankfurt am Main
Registerrichter: Amtsgericht Frankfurt am Main
Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.
Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart
Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe
Vorstand: Ronja Nippert, Essen
Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz
Linden-Ambulanz
Bettinastraße 53-55,
60325 Frankfurt-Westend a. M.